

STAB	GGST
+ 18. SEP. 1972 +	
NO. 137/1	



An die Mitglieder des
Schweizerischen Aufklärungs-Dienstes

Volksbegehren "betreffend vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot"

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe SAD-Freunde,

Am Wochenende vom 23./24. September 1972 wird über die sogenannte Waffenausfuhrverbotsinitiative abgestimmt.

Der SAD bleibt selbstverständlich bei seiner in jedem Fall einzuhaltenden Tradition, zu Abstimmungsvorlagen keine offizielle Empfehlung zu formulieren, sobald zwischen den demokratisch gesinnten Parteien unseres Landes im wesentlichen keine Übereinstimmung besteht. Jede andere Haltung würde sich mit der kompromisslos überparteilichen und überkonfessionellen Haltung unserer Organisation nicht vertragen.

Ebenso klar ist, dass die erwähnte Initiative Fragen berührt, die seit der Gründung des SAD zu dessen zentralen Anliegen gehört haben. Der Leitende Ausschuss hat mich deshalb in seiner Sitzung vom 1. September 1972 gebeten, Ihnen im Sinne einer persönlichen Stellungnahme des Präsidenten diesen Brief senden zu lassen.

Zunächst hätte ich an dieser Stelle sehr gern unsern Bundesrat beglückwünscht zu seinem Mut und seiner Objektivität, die ihn die Abstimmung auf ein Wochenende sehr kurz nach den "heiteren Tagen von München" und damit auf einen Zeitpunkt ansetzen liessen, an dem die Luft voraussichtlich noch vom betörenden Duft der Völkerversöhnung voll sein würde. Inzwischen hat die harte Realität in dieser Beziehung schon einiges zurechtgerückt. Mit unvorstellbarer Brutalität hat sich das Schicksal gegen die Olympiadelegation eines andern kleinen Landes gewendet, das wir alle bewundern und das leider, wenn es überleben will, keine Zeit und Gelegenheit hat für Abstimmungen über Initiativen der uns vorliegenden Art.

Überleben: das ist das Stichwort für die Befürworter ebenso wie für die Gegner der Initiative. Wer hat recht, fragen wir uns mit einer ersten zugegebenermassen etwas vergrößernden Gegenüberstellung, derjenige der mit der Kraft seines Beispiels oder derjenige der mit der Konsequenz und Sorgfalt des tüchtigen Hausvaters überleben will ?

- 2 -

Die Weltgeschichte bis und mit München und Fürstenfeldbruck spricht für den Hausvater. Solange wir diesen "Hausvater" nicht verleugnen wollen müssen wir so oder so selber im Ausland Waffen kaufen, wenn wir unsere Landesverteidigung nicht abschaffen wollen. Da viele aktive Befürworter der Initiative beteuern, dass dies nicht ihre Absicht sei, ist es offenbar für uns moralisch richtig im Ausland zu kaufen aber moralisch falsch ins Ausland zu verkaufen. Entweder, scheint mir, stimmt mit dieser Moral etwas nicht oder dann sind wir ein moralisch so hochstehendes Volk dass bei uns die Waffen eben in den richtigen Händen sind und bei den andern nicht. Woraus mit zwingender Logik folgt dass wir dann die Waffen gerade so gut auch selber fabrizieren und exportieren können. Was kann der Welt Besseres zustossen als dass die Engel entscheiden wohin die Gewehre gehen ?

Die "Kraft des Beispiels", die man uns predigen will, ist jedenfalls nicht ohne Tücken. Aber ist es für einen Kleinstaat überhaupt möglich, der Welt dadurch ein Vorbild zu sein, dass er sich in einer Frage wie derjenigen des Austausches von Waffen einseitig die Hände bindet ? Leisten wir mit unserer bewaffneten Neutralität dem Frieden nicht den grössern Dienst als es uns mit einer unbewaffneten Neutralität - im Vertrauen darauf, dass nötigenfalls "die andern" sich die Hände beschmutzen werden -, oder mit schönen Gesten in einer von Natur aus unweigerlich hässlichen Sache tun können ? Strotzen die Gesten, die man uns für das Wochenende vom 23./24. September und von dann an ohne Rücksicht auf die Entwicklung der Weltlage für immer vorschlägt, nicht von einer beneidenswerten Selbstüberschätzung und letztlich von Arroganz ?

Merkwürdiges ereignet sich. Uns liegt es fern, einen "Sonderfall Schweiz" zu konstruieren. Aber gerade jene, die sich Jahr für Jahr über Augustreden lustig machen, wie sie in aller Regel nicht mehr gehalten werden, wünschen nun unsere Schweiz in einer isolierten und dabei doch gar nicht isolierbaren Einzelfrage zum Modellfall für eine "neue Haltung" zu machen. Sie bauen dabei bewusst oder unbewusst auf ein Vertrauenskapital, das da oder dort existieren mag, das aber nicht aufgrund schöner Gesten entstanden ist und durch solche auch nicht geöffnet werden kann.

Und mehr als das: Der Stil, in dem zahlreiche Befürworter der Initiative ihre Kampagne zu führen begonnen haben, verheisst nichts Gutes. Da ist wenig zu spüren von der "Kraft des Beispiels", dagegen leider sehr viel von politischer Desorientiertheit und Naivität zum Beispiel gewisser konfessionell engagierter Kreise und überhaupt von der Rechthaberei von Leuten die ihre Steckenpferde mit der absoluten Wahrheit zu verwechseln scheinen. Alt Bundesrat und Nationalrat Max Weber, der die Expertenkommission des Bundesrats präsidiert hatte, wurde auf üble Weise persönlich angegriffen - ohne jede Rechtfertigung, worüber ich mich anhand aller verfügbaren Unterlagen selber vergewissert habe.

- 3 -

An dieser Stelle wäre die Frage fällig wer sich nun eigentlich mit welchen Interessen um die ursprünglichen Unterzeichner der Initiative, deren guter Wille nicht in Frage gestellt sei, geschart habe. Ich erspare Ihnen und mir eine nähere Untersuchung dieses Aspekts. Ich halte die sachliche Argumentation gegen die Annahme der Initiative für zwingend und möchte nicht eine sachliche Auseinandersetzung mit einer Diskussion über Personen vermengen.

Zwischen der Situation zur Zeit der Unterzeichnung und Einreichung der Initiative und der heutigen Lage besteht sowieso ein entscheidender sachlicher Unterschied. Während früher eine begreifliche Erregung über die sogenannte Bührle-Affäre und anschliessend über die relativ sehr milde Bestrafung der Verantwortlichen bestand sind heute mit dem von den eidgenössischen Räten verabschiedeten neuen Bundesgesetz über das Kriegsmaterial die erforderlichen Konsequenzen gerade aus dieser Affäre schon gezogen worden. Es besteht kein Anlass, den Willen und die Fähigkeit unserer zuständigen Behörden zu einer zuverlässigen und sogar scharfen Handhabung dieses neuen Gesetzes in Zweifel zu ziehen. Die objektiven Gründe, die zur Initiative unstreitig den Anstoss geben, sind damit in zufriedenstellender Weise erledigt worden; geblieben sind die Ueberspitzungen, die Hintergedanken, gewisse Emotionen.

Kein Waffenexportgeschäft ist ein Geschäft bei dem einem wohl ums Herz wird. Es ist richtig dass die Schweiz ihren Standort für die Zukunft in mancher Beziehung erst suchen muss, dass im Prinzip jede Anregung und jeder Zwang zur Gestaltung einer sauberen und folgerichtigen Politik nur willkommen sein kann. Es ist richtig dass ungeprüfte emotionelle Argumente für die Landesverteidigung und ihre Nebenerscheinungen, wie sie hie und da vorgebrecht werden, selbstverständlich ebenso wenig wert sind wie ungeprüfte emotionelle Argumente gegen die Landesverteidigung und ihre Voraussetzungen und Folgen (wobei die heute wohl leicht anrühige Frage offen bleibt, wie dann ein Staat so ganz ohne Emotionen überhaupt zusammenzuhalten sei). Es ist auch richtig dass unsere Jugend neue Ziele sucht und dass unser Volk nur integriert bleiben kann im Blick auf neue oder doch neu formulierte Ziele.

Aber gerade die Waffenausfuhrverbotsinitiative hat, wie die praktische Erfahrung zeigt und zeigen musste, nicht der Integrierung sondern der sowieso zunehmenden Polarisierung gedient. Ihre Durchsetzung würde voraussichtlich zu gefährlichen Schwierigkeiten und Missverständnissen bei der Anwendung führen; dies etwa im Zusammenhang mit der Frage welche Länder nun wirklich zu den "neutralen Staaten Europas" gehören sollen, in die ausnahmsweise eine Ausfuhr von Kriegsmaterial möglich sein soll - würden wir uns tatsächlich sogar zu Richtern etwa über die nicht ganz freiwillige Neutralität Oesterreichs und über die oft reichlich sprunghaft gehandhabte Neutralität Schwedens aufschwingen, indem die Auslegung einer exponierten Verfassungsbestimmung in aller Oeffentlichkeit von diesen Urteilen abhängt ?

-4-

- 4 -

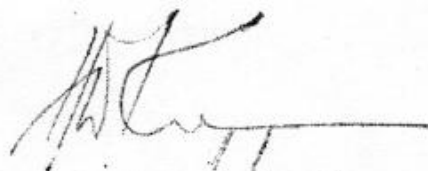
Ohne dass ich mir anmassen würde, diesen Aspekt selber zu beurteilen, versichern uns alle Sachverständigen, dass die Kosten unserer Landesverteidigung erheblich steigen dürften, auch dass die Aufrechterhaltung einer vernünftigen eigenen Produktion unter den durch eine Annahme der Initiative geschaffenen Voraussetzungen gar nicht mehr möglich wäre - sind auch das Preise, die wir mit allen Folgen für unsere Landesverteidigung zahlen wollen, beispielsweise weil an den Abstimmungstagen das Wetter schön ist und eben die Geste auch ?

Ich glaube dies nicht und darf Sie, meine Damen und Herren und liebe SAD-Freunde, in aller Bescheidenheit bitten, die Ihnen vorgeschlagenen Gedankengänge in Ihre Ueberlegungen einzubeziehen. Vor allem aber, gleichgültig welches Ihre private Ueberzeugung sei: versäumen Sie den Urnengang nicht, der Ausgang könnte knapp ausfallen und das Thema verdient schon wegen der Signalwirkung des Volksentscheids vom 23./24. September für oder gegen die unweigerlich miteinbezogenen Grundenliegen unserer Landesverteidigung jede Aufmerksamkeit.

Ich danke Ihnen und verbleibe mit freundlichen Grüssen und mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

SCHWEIZERISCHER AUFKLÄRUNGS-DIENST

Der Zentralpräsident:



(Dr. Hans W. Kopp)

Zürich, 14. September 1972

SAD/130972/HWK/we/we/185